



Stellungnahme des Nachhaltigkeitsbeirates Brandenburg zur Landesnachhaltigkeitsstrategie ***Übergabe an die Landesregierung: 13.03.2023***

Der Beirat begrüßt die neue Landesnachhaltigkeitsstrategie und ermutigt die Landesregierung, diese Strategie konstruktiv und handlungsorientiert weiterzuentwickeln sowie Schritt für Schritt in die Realität umzusetzen. Besonders positiv wertet der Beirat die Bemühung der Landesregierung, die neue Strategie anhand der 17 SDGs in Kooperation mit den betroffenen Ministerien auszuarbeiten. Die schon bestehenden Fachstrategien integrativ in die Gesamtstrategie einzubinden, hält der Beirat ebenfalls für sinnvoll und weitgehend gelungen. Auch der Anspruch und die Selbstverpflichtung der Landesverwaltung, sich an den SDGs zu orientieren und für alle nachgeordneten Behörden ein nachhaltiges Beschaffungs- und Verwaltungswesen einzuführen und weiterzuentwickeln, sind auf hohe Zustimmung und Anerkennung im Beirat gestoßen.

Der Beirat hat jedoch auch eine Reihe von kritischen Kommentaren und Vorbehalten, auf die er in dieser Stellungnahme näher eingehen möchte. Dabei sind vor allem vier übergeordnete Aspekte zu nennen:

- In seiner jetzigen Form erfüllt das Dokument nicht den Anspruch auf eine „Strategie“. Die Ausführungen bleiben weitgehend abstrakt und oft vage. Die Vorlage sollte weiter konkretisiert, priorisiert und fokussiert werden, um dem Land eine klare und nachvollziehbare Zukunftsvision zu geben.
- In der Strategie in ihrer derzeitigen Fassung fehlen wichtige Schwerpunktthemen, insbesondere im Kapitel 2.2. Schwerpunktbereiche und Handlungserfordernisse. Im Teil 3 dieser Stellungnahme werden diese Lücken noch genauer angesprochen und erläutert.
- Die derzeitige Auswahl an Indikatoren ist zu begrenzt und bedarf erheblicher Verbesserungen. Vorschläge dazu sind im Teil 4 dieser Stellungnahme weiter ausgeführt.
- Die Beteiligungsstrategie ist nach Ansicht des Beirates zu eng gefasst. Gerade um eine breite Zustimmung und Akzeptanz bei der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern zu finden, ist eine Ausweitung der Beteiligung, vor allem in der Phase der Umsetzung, erforderlich.

1. Allgemeine Kritik: Konkretisierung, Priorisierung und Fokussierung der Landesnachhaltigkeitsstrategie

Dem jetzigen Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie fehlt es an Konkretisierung, Fokussierung und Priorisierung. Wenn die Strategie lediglich als ein Instrument der Landesregierung gedacht ist, um innerhalb der Landesministerien und -verwaltungen nachhaltige Praktiken zu fördern, dann ist die jetzige Vorlage ausreichend. Wenn sie aber anstrebt, ein strategisches Programm für die zukünftige nachhaltige Entwicklung des Landes Brandenburg zu sein, dann reicht sie in ihrer aktuellen Form nicht aus. Es fehlt eine klare Zielvision, wohin man sich entwickeln will, ein an Zielen orientierter Zeitplan für die Umsetzung der angestrebten Transformationen, konkrete Benchmarks für die ausgewählten Indikatoren sowie ein überzeugendes Beteiligungskonzept zur Einbindung von Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Bürgerschaft.

Der Beirat bedauert, dass die aktuelle Strategie nicht stärker auf der Strategie 2014 aufbaut und die bisherigen Erfahrungen mit der Strategie 2014 offenbar wenig Einfluss auf den vorliegenden Entwurf genommen haben.

Offenkundig wurde keine systematische Bewertung der Stärken und Schwächen der bisherigen Strategie vorgenommen, um daraus Schlussfolgerungen für die aktuelle Nachhaltigkeitspolitik zu ziehen.

2. Fehlende Themen im Kapitel „Schwerpunktbereiche“ und „Handlungserfordernisse“

Allgemein: Wie oben schon ausgeführt, fehlt es nach Meinung des Beirates an einer thematischen und zeitlichen Priorisierung der miteinander vernetzten Schwerpunktbereiche und es lässt sich auch keine darauf aufbauende Ableitung der erforderlichen Maßnahmen erkennen. Es ist zwar richtig und zielführend, hier auf die



Fachstrategien der Ministerien hinzuweisen und diese in die Gesamtstrategie einzubinden, aber eine stärkere Aufarbeitung der möglichen Zielkonflikte, Lücken oder Synergieeffekten zwischen den Fachstrategien wäre aus Sicht des Beirates notwendig gewesen.

Obwohl die LNHS breit angelegt ist, fehlen noch wichtige Themen, die für allem für das Land Brandenburg von Relevanz sind. Folgenden Lücken sollten noch gezielt bearbeitet werden:

a) Landnutzung und ökologischer Umbau

Die Strategie erwähnt zwar Aspekte der Landnutzung, lässt dabei aber wesentlich Aspekte, wie z. B. der Waldumbau oder den ökologischen Umbau, weitgehend aus. Dieser Umbau ist ein langer, für das walddreiche Land Brandenburg folgenreicher Prozess, der in der Strategie aufgenommen werden sollte. Es fehlt auch die Verbindung zur Wasserwirtschaft und zu wichtigen Aspekten der Transformation der Landwirtschaft. Hier sind neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Anforderungen an Klimaneutralität (Methan, Ammoniak, CO₂) und vor allem auch Anpassungsprozesse an den fortschreitenden Klimawandel zu berücksichtigen. Diese Themen könnten sich auch auf Tourismus und Freizeitaktivitäten beziehen, die einen wesentlichen Aspekt der Entwicklung und Attraktivität Brandenburgs darstellen. Darunter fällt auch, dass Einrichtungen zur Freizeitgestaltung für Personen mit geringerem Einkommen ermöglicht werden sollen (Wanderwege, Camping, Paddelboote). Auch zu wenig erkennbar ist eine langfristig erforderliche Transformationsstrategie der Landnutzung im Kontext von Klimawandel und Wasserknappheit. Erforderlich wäre eine integrierte Betrachtung von Waldumbau, Agroforst, Wiedervernässung und Entsiegelung.

b) Bildung

Der Ansatz im Bereich Bildung ist sehr akademisch fokussiert. Die Themen Berufsbildung und Lehre bleiben weitgehend ausgespart. Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Wohlergehen der Menschen in Brandenburg sind groß: erfolgreiche Berufsbildung ist die Voraussetzung für erfolgreiche Teilhabe am wirtschaftlichen und öffentlichen Leben, ein ausreichendes Einkommen und letztlich den Verbleib der Ausgebildeten in Brandenburg. Bisher befasst sich die Strategie vorwiegend mit der Bildung im Kindergarten und in der Schule. Die außerschulische Jugendbildung bleibt dabei außen vor, obwohl sie ein wesentlicher Bestandteil der Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene ist. Ebenso unterbelichtet bleiben berufliche und staatsbürgerliche Weiterbildung (learning by doing) und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Dazu gehört auch, dass mehr Möglichkeiten für den Bildungsurlaub und vor allem für BNE-Aktivitäten (Bildung für nachhaltige Entwicklung) geschaffen werden. Außerdem sollten die Jugendverbände besser mit Ressourcen ausgestattet werden. Der Beirat empfiehlt zudem, die Entwicklung der außerschulischen "Kinder- und Jugendbildung" in den Katalog der Handlungsempfehlungen aufzunehmen. Seit Veröffentlichung der EU-Jugendstrategie ist bekannt, wie wichtig non-formale Lernorte sind.

c) Gesundheit und Prävention

In der jetzigen Vorlage konzentriert sich der Strategieentwurf auf die Behandlung von ‚Krankheit‘. Dabei werden umweltbedingte Belastungen noch zu wenig aufgegriffen. Eine stärkere Hinwendung zur Gesundheitsprävention würde gut in eine Nachhaltigkeitsstrategie passen, hier fehlen aber entsprechende Hinweise und Handlungsorientierungen. Der Beirat hält es für sinnvoll, auf die Anforderungen einer alternden Gesellschaft näher einzugehen. Eine hohe Attraktivität Brandenburgs für eine alternde Gesellschaft könnte sich auch wieder bis hin zu Tourismus und Verbesserung des ländlichen Lebensumfeldes auswirken.

d) Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt

Diese Zielsetzung weist eine besondere Breite an Themen auf. Der Bereich Gerechtigkeit ist recht umfassend dargestellt, aber andere Aspekte des sozialen Zusammenhaltes werden nicht aufgegriffen oder nur gestreift.



Der Beirat sieht einen besonderen Bedarf für Initiativen und Programme, um die Widerstandsfähigkeit (Resilienz) der Gesellschaft gegenüber Manipulationen und Falschmeldungen bis hin zu Verschwörungstheorien zu stärken. Gerade die Ausbreitung von Desinformation und anti-demokratischer Propaganda ist eine aktuelle Bedrohung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Hier ergibt sich auch ein Querbezug zum Thema 'Bildung und lebenslanges Lernen', denn mehr Bildung und aktive Mitwirkung im Ehrenamt sind besonders wirkungsvolle Instrumente gegen populistische Manipulationen.

3. Bewertung und Verbesserung der Indikatoren

Die Überwachung der Ziele mithilfe von Indikatoren ist ein zentraler Bestandteil einer Nachhaltigkeitsstrategie. Solche Indikatorsätze findet man in fast allen Länderstrategien in Deutschland, aber auch in nationalen und europäischen Indikatorkatalogen. Gegenüber diesen vorhandenen, großenteils detailliert ausgearbeiteten Indikatorsätzen fällt das Kapitel Indikator in der vorliegenden Fassung der Landesnachhaltigkeitsstrategie weit zurück. Es wird nicht klar, nach welchen Kriterien und Suchlogiken die aufgeführten Indikatoren ausgewählt wurden. Die in die Vorlage vorgeschlagenen Indikatoren beinhalten weder eine Messung des Ist-Zustands noch eine Beschreibung des Soll-Zustands. Es gibt keine Hinweise daraus, wo wir heute stehen und wohin wir uns bis wann entwickeln wollen. Ohne eine Festlegung von Zielmarken oder Benchmarks auf jedem Indikator wird nicht klar, wohin die Reise gehen soll.

Viele der vorgeschlagenen Indikatoren sind entweder zu vage formuliert oder machen statistisch wenig Sinn. Ein Indikator pro SDG ist in der Regel auch nicht ausreichend. Allerdings begrüßt der Beirat, dass sich die Landesregierung auf eine begrenzte Anzahl von Indikatoren beschränken will. Diese müssen dann aber besonders wirkungsvoll den Zustand der Nachhaltigkeit messen können. Außerdem wird es empfohlen, bei allen passenden SDGs mindestens einen „Kinder- und Jugendindikator“ aufzunehmen. Eine Mitwirkung des Beirats bei Auswahl und Präzisierung der Indikatoren würde zusätzliche Ressourcen benötigen, wäre aber machbar.

Exemplarische Empfehlungen zur Verbesserung einzelner Indikatoren:

SDG 1: Armutsgefährdungsquote / Materielle Deprivation
SDG 2: Inanspruchnahme von Tafeln und Steigerung des ökologischen Landbaus
SDG 3: Entfernung zum nächsten Hausarzt/zur nächsten Hausärztin
SDG 6: Verfügbarkeit und Zustand des Grundwassers in den komplex verteilten und verbundenen Grundwasserkörpern
SDG 7: Bezahlbarkeit und Endenergieverbrauch
SDG 8: Wohlfahrtsindex und Berücksichtigung von regionalen Unterschieden (Menschenwürdiges Arbeiten und Wirtschaftswachstum ist der BIP nicht mehr das Maß der Dinge)
SDG 16: "Corruption Perception" Index

4. Beteiligung und Kommunikation

In einer Demokratie sind Kommunikation und Partizipation wesentliche Elemente einer erfolgreichen Transformationsstrategie. Ob und wie die gesamte Gesellschaft Brandenburgs in die Umsetzung der LNHS einbezogen werden soll, ist noch unklar. Die Erstellung einer Strategie für die nachhaltige Entwicklung des Landes sollte im Idealfall alle wesentlichen Akteure Brandenburgs umfassen:

- a) Beteiligung des Parlaments (Landtags)
- b) Partizipation der Kommunen und Gemeinden
- c) Partizipation der Zivilgesellschaft (durch die Plattform)
- d) Partizipation der Wirtschaft und der Wirtschaftsverbände
- e) Direkte Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern



- f) Partizipation von Interessensvertretern und -vertreterinnen aus der Kinder- und Jugendhilfe (Landes-Kinder- und Jugendausschuss und Landesjugendring Brandenburg)

Es handelt sich um einen langfristigen und dynamischen Prozess, der über eine Legislaturperiode hinausgeht. Der vorliegende Entwurf stellt den Auftakt für einen langwierigen Transformationsprozess dar, in dessen Verlauf die Strategie immer wieder neu überprüft, evaluiert und aktualisiert werden muss.

Der Beirat

Prof. Dr. Drs. h.c. Ortwin Renn, ehem. wissenschaftlicher Direktor am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS), Vorsitzender

Prof. Dr. Gesine Grande, Präsidentin der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), Professor an der TU Berlin

Silke Hansen, Mitglied des Vorstandes des Landesjugendrings Brandenburg, Studienleiterin für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Rüdiger Kuhn, Vertreter von Pro Brandenburg und Vorstandsvorsitzender der CEMEX Deutschland

Prof. Dr. Uta Steinhardt, Vizepräsidentin der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

Brandenburg, 13.03.2023